

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/225

Karlsruhe
Schwarzwaldhalle,
25. November 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

| <u>Seite</u> | | <u>Zeilen</u> |
|--------------|--|---------------|
| 1 | Mobilisierung des Sachverständigen ----- Die Arbeitsgemeinschaften auf dem Parteitag Quellen der Meinungs- und Willensbildung | 51 |
| 2 | Kleinlich ----- Die Reaktion der Kanzlerpartei auf Karlsruhe | 31 |
| 2 | "SPD - Karlsruhe" ----- Wie der Gast aus Marokko gut zum Ziel kam | 13 |
| 3 | En Schicksalsgemeinschaft verbunden ----- Von Emil Müller Oberbürgermeister der Stadt Mühlhausen-Frankreich Mitglied des Vorstandes der Sozialistischen Partei Frankreichs | 38 |
| 4 | Nicht als Garnitur ... ----- Gespräch mit Günter Grass | 23 |
| 4 | 18 Millionen 416 000 Einwohner ... ----- Deutsche Großstädte, von Sozialdemokraten regiert | 15 |
| 5 | Gedanken zum Parteitag der SPD ----- Von Nationalrat Dr. R. Tschäppat, Bern | 50 |
| 6 - 7 | Zivilverteidigung darf nicht Stiefkind bleiben ----- Von Annemarie Renger, MdB | 89 |

Mobilisierung des Sachverständigen

Die Arbeitsgemeinschaften auf dem Parteitag Quellen der Meinungs- und Willensbildung

so - Es gibt bei großen Kongressen wie dem diesjährigen 16. Bundesparteitag der SPD in Karlsruhe mehrere Methoden, um Gewißheit darüber zu erlangen, wie die Delegierten denken, was sie wollen und welche Politik sie für richtig halten. Eine Methode besteht darin, während mehrerer Tage vor dem gesamten Parteitag, also vor dem Plenum, alle Probleme, die eine so große Gemeinschaft wie die SPD bewegen, nacheinander durchzudiskutieren. So war es früher. Eine andere Methode ist die der Aufgliederung des Parteitages in festumrissene Arbeitsgemeinschaften, in denen jeweils eine Gruppe speziell interessierter Delegierter ihr "Fachgebiet" erörtert, die Anträge aus den Ortsvereinen und die Entschliessungsentwürfe des Parteivorstandes durcharbeitet.

In Karlsruhe hat man wieder - wie schon in Köln und Hannover - den zweiten Weg gewählt. Auch jetzt erweist sich die Aufgliederung des Parteitages in Arbeitsgemeinschaften - natürlich nach vorheriger Darstellung der grundsätzlichen Vorstellungen der Gesamtpartei vor dem Plenum - als ein Positivum. Ausgehend von der Überlegung, daß auf allen Gebieten der Öffentlichkeitsarbeit der Sachverständige mobilisiert werden muß, wenn eine große politische Partei wie die SPD zu überzeugenden Entscheidungen gelangen will, ergibt sich in den Arbeitsgemeinschaften das Konzentrat und die Synthese von Erfahrungen in der politischen Praxis sowie der Ansatz zu kühnen, in die Zukunft weisenden Ideen. Die Folge dieser Arbeitsweise ist, daß die Sache, um die diskutiert wird, vor der Rhetorik steht.

Es ist selbstverständlich, daß eine solche Arbeitsweise einer äußerst gewissenhaften Vorbereitung bedarf. Wenn die Teilnehmer an dieser oder jener Arbeitsgemeinschaft ihre Gedanken zu den zur Diskussion stehenden Problemen äußern, haben schon vor ihnen qualifizierte Fachleute Entschliessungs-Entwürfe ausgearbeitet, die als Grundlage der allgemeinen Erörterung des betreffenden Problems dienen. Dieses Fundament der Diskussion wird ergänzt durch eigene Beiträge. Es wird nach allen Richtungen hin überprüft, ob es hieb- und stichfest ist; ob es nicht nur der Sache im Sinne einer Expertise Rechnung trägt, sondern auch mit den allgemeinen politischen Vorstellungen der Sozialdemokratie in Einklang zu bringen ist.

Nach Abschluß dieser Arbeitsgemeinschaften wird dann das Ergebnis der Diskussion dem Plenum des Parteitages vorgetragen. Hieran anschließend erfolgt - falls es sich als notwendig erweist - die Generaldebatte mit der Abstimmung über eine der Gesamtpartei richtig erscheinende Entschliessung.

Bemerkenswert ist, daß die Vorbereitung der Arbeitsgemeinschaften zum Teil auch in enger Fühlungnahme mit hervorragenden Kennern des jeweiligen Sachgebiets erfolgt, die nicht unbedingt Mitglieder der SPD sein müssen. Das alles entspricht dem seit Jahrzehnten in der Deutschen Sozialdemokratie bestehenden Gesetz der freien Meinungsbildung. Es ist die zur Zeit wohl maximale Möglichkeit für die aktive Mitarbeit der rund 700 000 SPD-Mitglieder und ihrer Delegierten an der Willensbildung der Gesamtpartei.

Kleinlich

sp. - Die CDU reagiert auf den Bundesparteitag der SPD in Karlsruhe kleinlich und recht sauer. Der Verlauf gefällt ihr nicht, die großen Referate von Wehner, Erier und Brandt erregen ihr Mißfallen. Die CDU spricht von "höchster Enttäuschung", wiederholt das alte Ammenmärchen, die SPD wolle den Bürger völlig sozialisieren und ihn unter die Herrschaft des "Funktionärs" stellen und beschwört die Angst des deutschen Steuerzahlers herauf, weil er die "Utopien Brandts" bezahlen solle.

Man sind das ziemlich alte Kamellen. Sie stammen aus der Motte-Kiste verstaubter Argumente. Schon im Jahre 1961, dem schwarzen Jahr der Unionsparteien, das ihnen den Verlust der absoluten Mehrheit im Bundestag brachte, war diese Art von Reaktion und Argumenten sinnlos. Sie offenbarte damals schon ausschliesslich Gedankenarmut. Sie zu überwinden scheint ein schweres, wenn nicht gar unmögliches Unterfangen für die CDU zu sein. Die Unionsparteien bewegen sich im Kreise, unfähig, die gewaltigen, technischen, politischen und soziologischen Veränderungen zu verarbeiten und sie zu begreifen, die bei uns und um uns erfolgen.

Dieses Unvermögen findet seinen Niederschlag in der politischen Gesamthaltung der Unionsparteien. Sie wissen nicht mehr, welche Richtung sie anzusteuern haben; sie verlieren den Boden unter den Füßen. Deshalb liegt die Führung der CDU/CSU miteinander in Streit und Hader.

Der "Kleine Parteitag" der Union am Freitag dieser Woche soll ein bißchen Ordnung in dieses Durcheinander bringen. Freilich bedarf es keiner Phantasie zu der Voraussage, daß auch diesem guten Vorsatz kein Erfolg beschieden sein wird. Die Unionsparteien müßten sich schon gewaltig häuten, um wieder jenes Gewicht zu erlangen, das sie einst in der deutschen Politik hatten. Das aber wäre der Sprung über den eigenen Schatten. Nicht einmal einem Baron von Münchhausen ist dies gelungen. Wer nur schimpft, den Geist alter Zeiten beschwört sich vor dem Neuen verschließt, der versperrt sich selbst den Weg in die Zukunft.

+ - +

"SPD - Karlsruhe"

sp - Der Marokkaner Mehdi Alaoui wurde beauftragt, nach Karlsruhe zu fahren, um als Gast-Delegierter am Parteitag der SPD teilzunehmen. Es versteht sich, daß alles getan wurde, dem Gast das Reisen und auch das Ankommen so angenehm wie möglich zu machen. Es wurde vereinbart, daß rechtzeitig ein Telegramm über den Ankunftsstermin kommen würde, aber das Telegramm ging verloren. Als Mehdi Alaoui auf dem Flugplatz Frankfurt eintraf, war niemand zu seinem Empfang dort. Der ausländische Gast, der kein Wort deutsch spricht, wußte sich zu helfen, er sagte laut und deutlich: "SPD - Karlsruhe". Man sorgte dafür, daß er vom Flugplatz zum Bahnhof gebracht wurde und dort in den richtigen Zug stieg.

Als Mehdi Alaoui in Karlsruhe ankam, wußte er sich wiederum zu helfen. Er sagte: "SPD". Nichts weiter. Fünf Minuten später kam das Taxi mit dem marokkanischen Gast an der Kongreßhalle an.

+ + +

In Schicksalsgemeinschaft verbunden

Von Emil Müller

Oberbürgermeister der Stadt Mühlhausen, Frankreich

Mitglied des Vorstandes der Sozialistischen Partei Frankreichs

- SFIO -

Den stärksten Eindruck, den ich von dem SPD-Kongreß in Karlsruhe mitnehmen werde, ist der einer geschlossenen Zuversicht aller Delegierten in die Chancen der SPD bei den kommenden Bundestagswahlen. Eine Partei wie die SPD, die seit Jahren einen ununterbrochenen Aufstieg zu verzeichnen hat, und über eine solche solide Struktur verfügt, kann es meines Erachtens ohne Übertreibung wagen, mit Zuversicht in die Zukunft zu schauen. Ich wünsche, daß diese alle deutschen Sozialdemokraten umfassende Zuversicht vor einem vollen Sieg gekrönt sein möge.

Wenn wir als französische Sozialisten mit starkem Interesse die Entwicklung in Deutschland verfolgen, so, weil uns mehr als nur das parteipolitische Band zusammenhält. Dabei rufe ich in Erinnerung, daß uns freundschaftliche Verbundenheit bereits zwischen den beiden Weltkriegen zusammenhielt und daß am Tage nach dem Drama des zweiten Weltkrieges Sozialisten von diesseits und jenseits des Rheins sich die Hand reichten.

Wir mußten nicht warten, bis ein deutsch-französisches Abkommen die Notwendigkeit einer solchen Zusammenarbeit unterstrich. Was würden übrigens Verträge sein, wenn nicht die gesamte Bevölkerung solche Verträge durch ihre Mitwirkung in die Realität umsetzen würde?

Als Oberbürgermeister der Stadt Mühlhausen, die im Grenzdreieck von Frankreich, Deutschland und der Schweiz liegt, verbindet mich gerade mit den deutschen Sozialdemokraten das Wissen um die Schicksalsgemeinschaft unserer Völker, die in früheren Jahren durch eine falsche Politik von Mühen und Drüben so oft zerrissen wurde. Wir sind gemeinsam aufgerufen, diese Schicksalsgemeinschaft immer enger zu gestalten und dafür zu sorgen, daß sie nie wieder gestört wird.

Dies muß das erste Ziel der internationalen Sozialisten sein. Aus dieser Erkenntnis heraus wird die deutsch-französische Verständigung zum Pol der Einheit aller Sozialisten Europas und der Welt werden müssen.

In diesem Sinne wünscht die SFIO der SPD den schönsten Erfolg. Wir französischen Sozialisten werden alles daransetzen, um die Demokraten Frankreichs zu mobilisieren, damit auch sie den Weg zum demokratischen Sozialismus in absehbarer Zeit beschreiten können.

Nicht als Garnitur ...

Gespräch mit Günter Grass

sp - Günter Grass; renommierter und prämiierter Autor der Bundesrepublik - sofort zu erkennen, weil er genau so aussieht, wie es im Buche steht - nahm zeitweise als Gast am Parteitag in Karlsruhe teil. Über die Rolle, die ihm dabei zugedacht, richtiger gesagt, nicht zugedacht war, denn als Gast war er in jeder Beziehung Herr seiner Entschlüsse, bestanden unter den anderen Gästen des Kongresses offenbar einige Unklarheiten, von denen eine in dem hier geschilderten Gespräch zum Ausdruck kommt.

Günter Grass hält sich bei einem Glas Bier in dem Korridor auf, der den Großen Saal der Schwarzwaldhalle umgibt und wird von einem Journalisten angesprochen:

"Ich habe gehört, Herr Grass ... Sie nehmen an diesem Parteitag als Beirat für kulturelle Fragen teil ..."

"Beirat? Wo steht denn das ...?"

"Ich habe das so gehört!"

"Wenn einer meinen Rat haben will, soll er ihn haben, bitte. Ich bin hier, um mich zu informieren!" - "So".

"Gestern war ich in Weimar, da war so eine Tagung ..."

"Oh, wollte man da Ihren Rat haben?"

"Ich glaube, da wollte man sich mit uns garnieren!"

"Haben Sie den Eindruck, daß man sich auch hier mit Ihnen garnieren will?"

"Nein".

+ + +

18 Millionen 416 000 Einwohner ...

Deutsche Großstädte, von Sozialdemokraten regiert

sp - "Von den 60 deutschen Großstädten (mit mehr als 100 000 Einwohnern) werden 48 Städte von der SPD regiert. Ausserdem ist die SPD die stärkste Partei in Stuttgart, Mannheim, und Saarbrücken. In diesen 51 Städten wohnen 18 416 000 Einwohner. Sie alle können die große Aufbauleistung bezeugen."

Lapidare Worte, lapidare Tatsachen. Diese Worte sind auf einer Tafel zu lesen, angebracht über dem Eingang zur Stadthalle, gegenüber der Schwarzwaldhalle, in der der Parteitag der SPD stattfindet.

Wieviel konstruktiver Aufbauwille, wieviel Tatkraft, aber auch wieviel Opferbereitschaft steht hinter diesen Zahlen! Man sagt oft, Zahlen seien nüchtern. Hier spiegeln sie eine kaum vorstellbare Summe staatsbürgerlicher Leistung wider.

Wer es genau wissen will, wer jede Stadt beim Namen genannt haben will, der findet auch das in der Schwarzwaldhalle: einen langen Bilderfries aus 51 großformatigen Fotos - eines aus jeder dieser 51 deutschen Städte.

+ + +

Gedanken zum Parteitag der SPD

Von Nationalrat Dr. R. Tschäppat, Bern

Vorstandsmitglied der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz

Für die freie Welt ist die politische Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland mit Rücksicht auf die Vergangenheit und im Blick auf die Gegenwart und die Zukunft von besonderem Interesse. Dabei spielen sowohl innen- wie auch aussenpolitische Tendenzen eine wichtige Rolle. Die Furcht vor neuen, starken deutschen anti-demokratischen Strömungen ist in der westlichen Welt im wesentlichen glücklicherweise überwunden.

Von besonderem Interesse für die Nachbarländer der Bundesrepublik ist die Aufbauarbeit in den deutschen Städten. Sie erweckt anerkennende Aufmerksamkeit, weil dieses Ringen um die Lösung schwieriger Probleme in aufgeschlossenem Geist geschah und weiter verfolgt wird. Wie groß der Anteil der SPD an diesem Werk ist, zeigt das Ergebnis der Kommunalwahlen, die ein eindrucksvolles Vertrauenszeugnis für die SPD ergaben. Natürlich sind in vielen deutschen Städten wichtige Probleme noch ebenso ungelöst wie anderswo. Ein weites Betätigungsfeld ist beispielsweise das Verkehrsproblem. Beim Wohnungsbau sind zwar große, jedoch noch nicht entscheidende Fortschritte erzielt worden. Das ist in diesem Zusammenhang nicht ausschlaggebend; wichtig ist der Wille, Lösungen in einem aufgeschlossenen Geist anzustreben. Das ist bei der SPD spürbar.

Es wird immer mehr darum gehen, die Grenzen des privaten Rechts neu zu ziehen und die allgemeinen und öffentlichen Interessen zu verstärken. Diese Bemerkung soll nicht als eine Forderung nach Abschaffung des Privateigentums ausgelegt werden. Im Gegenteil, die Aufgabe unserer Zeit besteht darin, dem Privateigentum einen neuen Inhalt zu geben, der nicht nur aus Rechten für den Inhaber, sondern auch aus Pflichten gegenüber der Allgemeinheit besteht.

Dieses Ringen spielt sich auf verschiedenen staatspolitischen Ebenen ab, doch kommt es praktisch dort am augenfälligsten zum Ausdruck, wo die Menschen sich am meisten konzentrieren: in den Städten.

Das Suchen nach neuen Grundsätzen in der modernen Welt hat nicht nur regionalen oder nationalen Charakter, es ist für alle Gebiete, die gleiche oder ähnliche politische oder rechtliche Grundlagen besitzen, von Bedeutung. Die Demokratie darf nicht auf die ständige Überprüfung ihrer öffentlich-rechtlichen und privat-rechtlichen Grundlagen verzichten, nur weil sie eine bessere Staatsform und eine leistungsfähigere Wirtschaftsordnung als der Kommunismus hat. Allerdings ist nicht alles Hergebrachte zwangsläufig überholt, nicht alles Neue ist gekannt und darum nachahmenswert. Es geht vielmehr darum, in dieser Welt des geistigen Umbruchs diejenigen Grundlagen zu schaffen, die einen den Bedürfnissen und Erfordernissen unserer Zeit entsprechenden Aufbau ermöglichen. Den fortschrittlich Gesinnten kommt deshalb eine besondere Aufgabe und eine große Verantwortung zu. Es darf nicht von Rechtsgrundlagen ausgegangen werden, die von den Lebensvorstellungen des vorigen Jahrhunderts bestimmt waren. Die SPD hat, wie der Parteitag in Karlsruhe zeigt, den Blick in die Zukunft gerichtet.

Zivilverteidigung darf nicht Stiefkind bleiben

Es geht um den wirkungsvollen Schutz der Bevölkerung

Von Annemarie Renger, MdB

Es hat lange gedauert, bis sich auch die Bundesregierung zu dem Grundsatz bekannte: Die Zivilverteidigung ist ein Teil der Gesamtverteidigung. Besonders nach dem letzten Manöver "Fallex 64" wurde es jedermann klar, daß ohne eine funktionsfähige Zivilverteidigung auch die militärische Verteidigung ihre Aufgaben nicht erfüllen kann.

Es wird also höchste Zeit, daß die Zivilverteidigung im Rahmen der Verteidigungspolitik der Bundesregierung den ihr gebührenden Platz einnimmt und der Bevölkerung das Maß an Sicherheit geboten wird, zu der jede Regierung verpflichtet ist. d.h., im Bundesverteidigungsrat muß die Stimme des Bundesinnenministers in Sachen Zivilverteidigung größeres Gewicht bekommen. Die Bundesregierung sollte sich in Ministerrat der WEU für eine Koordinierung der Zivilverteidigung und darüber hinaus für eine stärkere Zusammenarbeit und Koordinierung im Nordatlantik-Rat einsetzen, wie es bereits der damalige Bundestagsabgeordnete H e y e im Jahre 1959 und der SPD-Bundestagsabgeordnete W i e n a n d im Sommer dieses Jahres gefordert haben. Die Konstituierung eines Ausschusses für Zivilverteidigung bei der WEU, wie die Verfasserin dieses Artikels fordert, könnte hierzu wertvolle Vorarbeit leisten.

Zivile und militärische Verteidigung sind ein Ganzes

In erster Linie ist aber in der Bundesrepublik ein lückenloses Zusammenspiel zwischen den militärischen und den zivilen Stellen auf allen Ebenen beschleunigt einzuleiten. Voraussetzung für eine sinnvolle Planung auf dem Gebiet des Zivilschutzes ist die Kenntnis der Verteidigungskonzeption der Bundesregierung, wobei man bei der Planung der militärischen und zivilen Verteidigung von den gleichen Ausgangspositionen ausgehen muß.

In der Bundesrepublik wird seit jeher um die Fragen der Verteidigung und die Möglichkeiten für den Schutz der Zivilbevölkerung viel zu viel Geheimnistuerei gemacht. Das ist auch oft der Grund, warum durchaus gutwillige Menschen aus Unkenntnis jede Vorsorge für den Kriegsfall ablehnen, weil sie den Eindruck gewinnen müssen, es habe ja doch alles keinen Sinn. Wenn man sich um die Einsicht des Bürgers nicht bemüht, braucht man sich nicht zu wundern, wenn er dann kein Verständnis für die Maßnahmen auf dem Gebiet der Zivilverteidigung aufbringt und böswillige Kräfte sich diese Stimmungen für durchsichtige politische Ziele nutzbar machen.

Der Verteidigungsminister und die Frauen

Kinzu kommen noch die verheerenden Wirkungen, die seinerzeit durch die der Sache wahrlich nicht gerecht werdende Broschüre "Jeder hat eine Chance" hervorgerufen wurden oder gar das Fehlen des Bundesverteidigungsministers, der die Verteidigungskraft der Bundeswehr für nicht gegeben hält; wenn die Frauen nicht zu einer Dienstleistung im Bereich der Streitkräfte verpflichtet werden können. Die Art und Weise, wie der Verteidigungsminister versucht, die Frauen als patrioti-

sche Portepée zu fassen, ist völlig fehl am Platze und geradezu beleidigend. In einem Katastrophenfall werden die Frauen genau wissen, wo und wie sie ihre Pflichten zu erfüllen haben, ob am Krankenbett oder anderswo, wie sie das von jeher getan haben, ohne daß der Artikel 12 Abs. 3 GG geändert zu werden braucht. Der Verteidigungsminister wäre gut beraten, wenn er die Frauen zukünftig als mündige Bürger behandeln würde.

Das gute Beispiel fehlt

Aber alles Gerede von dem notwendigen Schutz von Frauen und Kindern und der Appell an die Hilfs- und Opferbereitschaft der Bevölkerung haben keine Wirkung, wenn die Bundesregierung nicht mit gutem Beispiel vorangeht. Solange der Versuch gemacht wird, in den vorliegenden Gesetzen die Verantwortung und die Hauptlasten des Zivilschutzes auf die Schultern des einzelnen Bürgers abzuladen und im Bundeshaushalt für die Zivilverteidigung nicht eine im Verhältnis zur Aufgabe stehende Summe bereitzustellen, sondern im Gegenteil, bei den Haushaltsberatungen regelmäßig Kürzungen vorzunehmen und vorhandene Bewilligungen nicht einmal auszuschöpfen, kann die Zivilverteidigungspolitik der Bundesregierung nicht überzeugen. Von einer Gleichrangigkeit der Haushaltsmittel bei 20,3 Milliarden DM für militärische und rund 700 Millionen DM für die zivile Verteidigung kann beim besten Willen nicht die Rede sein. Die Bundesregierung kann dabei nicht etwa behaupten, daß keine höheren Haushaltsmittel wegen der noch nicht verabschiedeten Einzelgesetze wie Schutzraumgesetz, Selbstschutzgesetz, Aufenthaltsregelungsgesetz usw. möglich waren.

Für die Zuschüsse an Gemeinden, die Schutzraumbauten im Zusammenhang mit unterirdischen Verkehrsanlagen geplant haben, hätte die Bundesregierung z.B. weit höhere Mittel einsetzen und damit in einer Reihe von größeren Städten eine sinnvolle Maßnahme einleiten können.

Vertrauen zwischen Regierung und Bevölkerung notwendig

Wenn die Bundesregierung nicht in allernächster Zeit das offene Gespräch mit der Bevölkerung einleitet und über die jährlich entstehende finanzielle Belastung gewissenhaft und aufrichtig Auskunft gibt, wird die ganze Sicherheitspolitik in ein schiefes Licht geraten und die notwendige Mitarbeit der Bevölkerung ausbleiben.

Die Bundesregierung wäre gut beraten, wenn sie beim Bundesinnenminister ein Gremium von unabhängigen Bürgern schaffen würde, das die Bundesregierung sowohl in Fragen der Planung wie der Aufklärung berät, wie es die Hansestadt Hamburg beispielhaft getan hat. Vielleicht gelingt es dann noch, das schon verlorengegangene Vertrauensverhältnis zwischen dem Bürger und der Staatsführung wieder herzustellen.